

**Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die
Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)
(Drucksache 16/6000) Einzelplan 14**

11540

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 111. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 12. September 2007

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

- (A) Wir kommen damit zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums der Verteidigung, Einzelplan 14.**

Ich erteile dem Bundesminister Franz Josef Jung das Wort.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der gestrige Tag hat der deutschen Öffentlichkeit wieder deutlich gemacht, dass sich die Bedrohungslage aufgrund der Anschläge in New York und in Washington auch für uns sehr konkret verändert hat. Wir haben den Kalten Krieg zum Glück überwunden. Durch den internationalen Terrorismus, durch Massenvernichtungswaffen, durch Krisensituationen und durch Staatsverfall haben wir es heute mit einer besonderen Bedrohungslage zu tun. In dieser Hinsicht nimmt die Bundeswehr ihre **Aufgaben** wahr. Ich verweise konkret auf Afghanistan: Die Anschläge sind von Afghanistan ausgegangen. Deshalb ist es im Interesse von Stabilität, von friedlicher Entwicklung und von Menschenrechten, aber auch im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands richtig und wichtig, dass wir diesen Auftrag auch in Zukunft wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Wir stellen in Afghanistan das drittstärkste Kontingent. Wir stellen das stärkste Kontingent in Bosnien-Herzegowina. Außerdem stellen wir das stärkste Kontingent im Kosovo. Wir werden im Kosovo auch weiterhin Präsenz zeigen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja!)

Ich kann nur hoffen und wünschen, dass wir die Statusverhandlungen im Hinblick auf Stabilität und Frieden zu einem guten Ergebnis führen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf welcher rechtlichen Grundlage?)

Ich glaube, dass das nicht nur die Voraussetzung dafür ist, dass in dieser Region eine europäische Perspektive entwickelt wird, sondern auch dafür, dass in Zukunft Stabilität und Frieden vorherrschen.

Wir sind im Rahmen von UNIFIL vor der Küste des Libanon im Einsatz; wir debattieren gleich darüber. Wir sind im Rahmen des Mandats OEF auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung aktiv. Außerdem ist die Bundeswehr am Horn von Afrika, Stichwort „Dschibuti“, im Einsatz. Hinzu kommt die Operation „Active Endeavour“ im Mittelmeer. Wir sind auch im Sudan. Wir haben Militärbeobachter in Äthiopien und in Eritrea. In Georgien sind wir im Bereich des Sanitätswesens vertreten.

Ich zeige dies nur auf, um deutlich zu machen, in welcher Art und Weise die Bundeswehr heute einen Auftrag zur Stabilität und friedlichen Entwicklung, damit aber

auch zur Sicherung der Situation in Deutschland erfüllt. (C) Es ist notwendig, dass eine finanzielle Grundlage geschaffen wird, damit dieser Auftrag auch in Zukunft gut erfüllt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn solche Aufträge wahrgenommen werden, dann – das ist ein wichtiger Punkt – müssen unsere Soldatinnen und Soldaten dafür gut ausgebildet und gut ausgerüstet sein. Wir haben die Verpflichtung, ihnen den **Schutz** mitzugeben, den wir ihnen bei dieser schwierigen Aufgabe mitgeben können; denn gerade die Auslandseinsätze sind oft mit unmittelbarem Risiko für Leib und Leben verbunden. Wir haben die Verpflichtung, alles zu tun, um Schutzmaßnahmen zu ergreifen und die Soldatinnen und Soldaten so vor Angriffen zu schützen. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir entschieden haben, nur noch mit geschützten Fahrzeugen zu fahren. Deshalb haben wir die Aufklärung verstärkt.

Wir brauchen die **finanziellen Grundlagen**, um diese Maßnahmen zu ermöglichen – im Interesse des Schutzes unserer Soldatinnen und Soldaten bei diesen wichtigen Einsätzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Daher bin ich froh darüber, dass wir in diesem Etat eine Steigerung um 918 Millionen Euro zu verzeichnen haben, was aber auch notwendig ist, um den Modernisierungsprozess und den Anpassungsprozess – das ist das, was wir „Transformationsprozess“ nennen – voranzutreiben. (D)

Als diese Bundesregierung ins Amt kam, hat noch niemand daran gedacht, dass wir einen Einsatz im Kongo zu leisten haben würden, wie das im letzten Jahr der Fall war. Wir haben ihn erfolgreich durchgeführt. UNIFIL vor der Küste des Libanon, die Tornados in Afghanistan, all das hat auch etwas mit finanziellen Fragen zu tun. Wir sind noch weit davon entfernt, die Forderung der NATO – 2-Prozent-Anteil am Bruttoinlandsprodukt – zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Bernd Siebert [CDU/CSU]: Wohl wahr!)

Mit diesem Haushalt legen wir die Grundlage dafür, dass wir den Modernisierungsprozess bzw. den Transformationsprozess auch in Zukunft positiv gestalten können. Deshalb sind wir auf dem richtigen Weg, auch was die finanzielle Ausstattung für die Bundeswehr angeht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unser Ziel ist weiter, die Ausgaben für **Investitionen** zu steigern und die Betriebsausgaben zurückzufahren. Wir haben mittlerweile eine Situation erreicht, in der gerade im investiven Bereich Erhebliches geleistet wird. Ich denke etwa an die Situation unserer wehrtechnischen Industrie und an die Arbeitsplatzsituation. Wer sich vor Ort begibt und sich einmal anschaut, wie sich die Industrie dort entwickelt, stellt fest: Die Planung im Hinblick auf die Zukunft der Bundeswehr, die wir vollzogen haben – im Weißbuch gemeinsam beschlossen –, ist auch eine Grundlage für die Fortentwicklung von Forschung,

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Entwicklung und wehrtechnischer Industrie. Das gewährleistet auch Arbeitsplätze in Deutschland.

Die Auslandseinsätze sind mit erheblichen Ansprüchen an unser Material verbunden. Es ist notwendig, die entsprechenden Mittel bereitzustellen.

Ich füge allerdings hinzu: Natürlich müssen wir auch im Hinblick auf den notwendigen Übungsbetrieb in Deutschland bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Ich habe von der Verpflichtung gesprochen, die wir im Weißbuch beschrieben haben. Wir haben in diesem Jahr beschlossen, die zivil-militärische Zusammenarbeit zum Schutz Deutschlands auf eine neue Grundlage zu stellen, die die föderalen Strukturen abbildet. Damit schaffen wir Verbindungskommandos, um beispielsweise im Bereich des Katastrophenschutzes noch effektiver zu helfen. Auch in dieser Hinsicht erfüllt die Bundeswehr in Zukunft ihre Aufgabe, was den Schutz Deutschlands anbetrifft.

Wer hohe Einsatzbereitschaft und Leistungsbereitschaft von den Soldatinnen und Soldaten verlangt, der muss auch dafür sorgen, dass die **sozialen Rahmenbedingungen** stimmen. Wir berücksichtigen diesen Punkt im vorliegenden Haushalt dadurch, dass wir den teilweise schlechten Zustand der Kasernen in den alten Bundesländern beseitigen wollen. Wir haben vor, ein Prioritätenprogramm für die Modernisierung der Kasernen aufzulegen; denn ich halte es für teilweise nicht mehr akzeptabel, dass Soldaten in der Art und Weise gefordert werden, wie sie gefordert sind, sie sich aber dann in einem sozialen Umfeld befinden, das wirklich nicht mehr angemessen ist. Deshalb bin ich dankbar, dass wir mit diesem Haushalt das eben genannte Prioritätenprogramm einleiten können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich füge einen Punkt hinzu: Wir haben bereits im Bundeskabinett beschlossen, Rahmenbedingungen zu verändern, die sich aus der konkreten Situation des Auslandseinsatzes ergeben haben. Ich spreche konkret das Thema **Weiterverwendungsgesetz** an. Meines Erachtens hat ein Staat, der von seinen Soldatinnen und Soldaten verlangt, derartig riskante und auch lebensbedrohliche Einsätze durchzuführen, auch die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, dass die Betroffenen dann, wenn sie sich beispielsweise eine erhebliche Verletzung zugezogen haben, sie jedoch später gesundheitlich so wiederhergestellt sind, dass sie einer Beschäftigung nachgehen können, einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung haben und nicht nur als Versorgungsfälle abgeschoben werden. Auch dies wollen wir entsprechend umsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Weißbuch beschlossen, dass wir die Bundeswehr auch weiterhin als Wehrpflichtarmee entwickeln. Deshalb bin ich dankbar, dass die Regierungsfractionen beschlossen haben, den Wehrsold um 2 Euro zu erhöhen.

(C) Aber auch unserer Verpflichtung unter dem Aspekt der **Wehrgerechtigkeit** sind wir ein Stück näher gekommen. Das Folgende sage ich ganz bewusst, weil ich teilweise zu viele Zahlen in der Öffentlichkeit sehe, die mit der Wahrheit nicht mehr viel zu tun haben. Tatsache ist, dass von über 400 000 Jugendlichen etwa 80 Prozent als tauglich gemustert werden, davon rund 31 Prozent den Wehrdienst verweigern und dann den Zivildienst ableisten und darüber hinaus nicht einzuberufende Wehrpflichtige zu berücksichtigen sind, beispielsweise bei der Feuerwehr Aktive, dritte Söhne und Verheiratete. Von den rund 150 000 Jugendlichen, die dann noch zur Verfügung stehen, sind 126 000 eingezogen worden, also 80 Prozent, sodass wir damit meines Erachtens dem Grundsatz der Einberufungsgerechtigkeit Rechnung tragen.

Es ist wahr, dass die Zahlen in den letzten Jahres etwas zurückgegangen sind. Deshalb haben wir entschieden, jährlich 6 500 Wehrpflichtige mehr einzuziehen, um dem Gebot der Wehrgerechtigkeit nachzukommen. Denn ich bin der Auffassung, wir brauchen diese Wehrpflichtigen in den Auslandseinsätzen, aber wir brauchen sie auch im Hinblick auf die Erledigung unseres Auftrages, beispielsweise zum Schutz Deutschlands, und in der Katastrophenhilfe. Die Bundeswehr hat sich als Wehrpflichtarmee gut entwickelt. Deshalb ist es notwendig, dass die Einberufungsgerechtigkeit auch in Zukunft eine Rolle spielt, um die Wehrpflicht in vollem Umfang in dieser Legislaturperiode beizubehalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend sagen: In den unterschiedlichen Einsätzen – sei es für den Frieden in verschiedensten Ländern, sei es zum Schutz Deutschlands, den sie unmittelbar ausüben, sei es auch in anderem Zusammenhang – zeigen unsere Soldatinnen und Soldaten eine hohe Einsatz- und Leistungsbereitschaft. Sie werden, wie wir gerade wieder bei den Auslandseinsätzen feststellen konnten, im Ausland durch die Art und Weise, in der sie auftreten, den Grundsätzen der inneren Führung gerecht, die ein Merkmal der Bundeswehr darstellt: Dadurch, dass sie unsere Werte im Ausland vermitteln, tragen sie zum Ansehen der Bundesrepublik Deutschland bei. Sie haben meines Erachtens sowohl unseren Dank als auch die finanzielle Grundlage durch diesen von uns zu beschließenden Haushalt verdient, damit sie auch in Zukunft ihre Aufgabe erfüllen können – im Interesse von Frieden und Freiheit und im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die nächste Rednerin ist Elke Hoff für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)